

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Veranlagungsbefehle kosten pro Zeile 75 Pf. — Preis- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: E. Gansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 39-42, Telefon-Nr. 93 u. 82, Telegr.-Adr.: Arbeiterband Bochum.

Falsche Behandlung der Bergarbeiter.

Auf rheinisch-westfälischen Bechen ist folgende „Bekanntmachung“ angeschlagen worden:

Münster, den 25. Februar 1920.

Zum Telegramm vom 24. — Durch Verordnung vom 6. Februar ist mir das Recht eingeräumt, Entscheidung über Ueberschichten zu treffen, wenn Verständigung nicht zustande kommt. Ich habe nach Vereinbarung vom 18. generell entschieden, daß entsprechende dieser Vereinbarung Ueberschichten zu verschafen sind; Zuwiderhandelnde machen sich strafbar nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar. Bitte Bescheidverwaltungen zu benachrichtigen, den Bescheid oder mit Personen, die der Anordnung des Militärbehaltens habers zuwiderhandeln oder zur Zuwiderhandlung auffordern oder anregen, namhaft zu machen. Gegen Arbeiter, die sich weigern, Ueberschichten mit zu verschafen und frühere Ausfahrt erlangen, sind dieselben Maßnahmen anzuordnen wie in früheren Fällen. Pelagiaschen sind so lange auszusperren, bis sie sich bereit erklären, Ueberschichten mit zu verschafen. Mädelstücker sind, wie schon bemerkt, nach hier zu melden. Reichskommissar Sebering.

Diese „Bekanntmachung“ ist sogar vor Pelagiaschen ausgehängt worden, die sich mit dem Verfahren von Ueberschichten durchaus einverstanden erklärt hatten und sie bereits verschaffen! Durch die „Bekanntmachung“ sind erst Schwierigkeiten innerhalb dieser Pelagiaschen entstanden.

Wir fragen uns vergebens, wie diese „Bekanntmachung“ entstehen konnte, wenn man die Erklärungen der Arbeiter und Angestelltenvertreter bei der Beratung der Ueberschichtenabkommens überlegend berücksichtigt.

Unsere Überbandsvertreter haben mit Nachdruck vor jeder Zwangsandrohung gewarnt! Wir wußten und sagten es, daß bereits sehr zahlreiche Pelagiaschen mehrere Ueberschichten verschaffen, zum Teil sogar schon mehr, als ihrer Gesundheit zuträglich ist. Wir wußten, daß auch die Wortführer der Opposition in unserem Verbande sich nicht mehr grundsätzlich gegen Ueberschichten wandten, insoweit dies war eine kameradschaftliche Verständigung zu erwarten. Wir wußten und sagten es, daß zwar von einer Anzahl Pelagiaschen zunächst starker Widerspruch erhoben wurde, aber diese würden sich schließlich nicht außerhalb der Reihe stellen. Und deshalb betonten die Überbandsvertreter in der Besprechung mit den Ministern und dem Bechenverband ausdrücklich, solle unsere Aktion von größtem, nachhaltigem Erfolg für unsere Volkswirtschaft sein, dann müsse man die Pelagiaschen mit Arbeitsfreudigkeit besetzen, was natürlich durch Zwangsmassnahmen nicht erreicht werde.

Ganz in diesem Sinne schrieb die „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 9) vor dem Abschluß des Ueberschichtenabkommens:

„Gegen eine gütliche Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung über das Verfahren von Ueberschichten ist vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nichts einzuwenden, wenn die Zeit und Zeitbauer der Ueberschichten beschränkt werden. Andernfalls reißt das Ueberschichtenfahren zum Schaden der Bergarbeitergesundheits ein wie früher. Die größten Versammlungsleiter gegen Ueberschichten werden dann wieder die tollsten Ueberschichtenwiderstandler sein... Jeder irgendwelche geartete Zwang zu Ueberschichten wird ihrem volkswirtschaftlichen Zweck entgegenwirken. Das ist stets unser Standpunkt gewesen, an ihm werden wir unter allen Umständen festhalten.“

Die Urheber der ministeriellen „Bekanntmachung“ vom 25. Februar können sich also absolut nicht auf die Vertreter der Bergarbeiterverbände berufen, denn diese haben Zwangsmassregeln für die Ueberschichten als abwegig und widersprüchlich erklärt. Haben auch verlangt, daß schwächliche und krankliche Pelagiaschenmitglieder, die wegen ihres körperlichen Zustandes die Ueberschichten nicht leisten können,

ungehindert ausfahren dürften. Es wurde auch eine lokale, die Pelagiaschen nicht benutzende Handhabung des Ueberschichtenabkommens zugestimmt. Dem steht das Wort „bindend“ in dem Vertrag durchaus nicht entgegen.

Wie aber wird das Abkommen von diversen Bescheidverwaltungen gehandhabt? In der Weise, wie man es während des Krieges machte: Kommandotoni! Autokratisch, wie im wilhelminischen Zeitalter! Da sich das die Pelagiaschen von heute nicht mehr gefallen lassen dürfen, sondern auch auf ihre Meinung Rücksicht genommen wissen wollen, ist es zu Differenzen, Ansammlungen am Schacht, in einzelnen Fällen sogar zu Arbeitseinstellungen gekommen. Es ist charakteristisch, daß es auf Schächten, wo schon vor dem 16. Februar Ueberschichten geleistet wurden, durch die Art, wie man nun das Ueberschichtenabkommen praktiziert, zur Arbeitseinstellung kam! Nunmehr erfolgte die unglückselige ministerielle „Bekanntmachung“, mit der Bergarbeiter- und Angestelltenverbände nicht bestraft werden dürfen.

Wir betonen das ganz besonders, weil Unternehmervertreter es gewagt haben, den opponierenden Betriebsräten zu sagen, die „Bekanntmachung“ entspreche auch den Wünschen der Gewerkschaften. Das ist nicht wahr! Wir erkennen in der „Bekanntmachung“ einen schweren Mißgriff. Sie kann nur entstanden sein auf Grund von Situationsberichten, die, indem sie verhältnismäßige Kleinigkeiten zu Ungunsten der Arbeiter aufwies, sich der gewerkschaftsfeindlichen Parteipolitik aus dem Gewerkschaftsstandpunkt, die wir seit 1889 überreichlich kennen gelernt haben.

Warum hängen die Bescheidverwaltungen die „Bekanntmachung“ aus, obwohl die betreffenden Pelagiaschen das Verfahren von Ueberschichten nicht verweigerten? Warum erzählen Betriebsratsmitglieder, die „Bekanntmachung“ entspräche den Ansichten der Gewerkschaftsführer? Warum wird nicht, wo sich Schwierigkeiten zeigen, mit den Betriebsräten eine kameradschaftliche Regelung des Ueberschichtenverfahrens herbeigeführt? Warum hängen teilweise wenige Betriebsvertreter den Arbeitern ins Ohr, die Siebenstundenschicht würde ja doch nicht bestehen bleiben? Warum wird in der kapitalistischen Presse das Ueberschichtenabkommen höhnernd und wahrheitswidrig als eine „Revision der revolutionären Erregungssachen“ bezeichnet (z. B. im „Sannoverschen Courier“ vom 20. Februar)? Warum schreibt die „Bergarbeiter-Zeitung“ (29. Februar) wegwertend, die Bergleute bösen dem Rande „den Vettel von wöchentlich zwei halben Ueberschichten“, statt 8 1/2 Stunden täglich zu arbeiten? Warum nennt das Bescheidblatt die Arbeiterführer „Lügner“ und „Verderber“, weil sie die Siebenstundenschicht nicht preisgeben wollen?

Nur unter dem Zwange der Notlage unseres Volkes haben wir dem einflussreichen Verfahren von Ueberschichten zugestimmt. Wir haben dem Zwang zu Ueberschichten nachdrücklich widersprochen, weil die Freiwilligkeit der Arbeit ihren Erfolg verbürgt. Wir haben uns dem Versuch, die Siebenstunden- in eine 6 1/2-Stundenschicht zu verwandeln, energig widersetzt. Anstatt diese, auf die genaue Kenntnis der Arbeiterstimmung gestützten Darlegungen zu reflektieren, wird eine Behandlung der Arbeiter beliebt, mit der die Gewerkschaften nicht einverstanden sein können.

Wir haben keine Lust, uns trotz unseres guten Willens, die Notlage des Volkes zu lindern, als „Lügner“, „Verderber“, „Arbeiterverräter“ und dergleichen mehr beschimpfen zu lassen. Der Bergarbeiterverband will keine Zwangsarbeit, sondern freiwillige Arbeit im Dienste des Volkes.

verteilen 20 Prozent gleich 5 Prozent dieses Standes. Nach dieser von den Werksvertretern geübten Gewinnrechnung wird die Werksausbeute für den letzten Papierhaber um so niedriger ausfallen, je mehr er für den Tag oder die Aktie im Handel bezahlt hat! Die Besitzer von hochbezahlten Bergwerkspapieren werden darauf drängen, eine Ausbeute zu erhalten, die eine „angemessene Verzinsung des angelegten Kapitals“ darstellt.

Und nun stelle man sich vor, wie hoch die Ausbeuten sein müssen, wenn der Stuzen- oder Aktienbesitzer, der die Papiere zu dem heutigen wahnsinnig hohen Preis erworben hat, eine „angemessene Verzinsung“ haben soll! Beispielsweise würde Kohlringen, wenn es für 1913 eine Ausbeute von 10 Prozent des Marktwertes seines Kurses — also 3200 Mark — verteilt hätte, heute pro Aktie 10200 Mark Ausbeute zahlen müssen, wenn wieder 10 Prozent ausgeschüttet werden sollen. Mehr als das Fünffache!

Wer müßte diesen mehr als fünfmal höheren Ausbeutebetrag herausbringen? Die Arbeiter und die Beamten! Sie werden die Opfer der wüsten Spekulation, deren Zeugen wir sind!

Dieser wüsten kapitalistischen Spekulation, die über Blut und Leiden geht, kann ein unzerbrechlicher Niesel vorgehoben werden durch die Ueberrückführung des Bergbaues in Gemeineigentum, durch die Sozialisierung!

Im Besitz der Volksgemeinschaft, geleitet und kontrolliert von Beauftragten einer von der Parlamentsmehrheit gestellten Regierung, ist der Bergbau nicht mehr der Lummelplatz einer privatkapitalistischen Spekulation, die nur auf die persönliche Bereicherung einiger Weniger blickt. Auch der Uebergang unserer Bergwerke an ausländische Kapitalisten, die unseren schlechten Geldstand benutzen, um unser wertvollstes Nationalvermögen für billiges Geld an sich zu bringen, kann durch die Ausschaltung der privatkapitalistischen Bergbaueigentümer verhindert werden. Der Arbeiterverkauf Deutschlands hat in einer höchst gefährlichen Umfang angenommen. Der wüsten Ueberrückführung Bergwerkskapitale sind schon in...

Die Bergwerkskapitalisten kämpfen aber mit aller Macht für ihre Kleinherrenschaft. Das Reichswirtschaftsministerium hat vorge schlagen, das Reich sollte Wertscheinstücker am Bergbau werden, indem es den Betrag von 18 Mark Preiserhöhung pro Tonne als bergbauliches Anlagekapital verwende, wofür das Reich Aktien oder Ruzen erhalte. Gegen diese angebliche „Sozialisierung von hintenrum“ schlug die Werkspresse großen Alarm, überschüttete die Regierung mit Beschuldigungen und Trohungen! Aus gewissen Kreisen kam man sogar die Drohung mit dem Streik — der Werksbesitzer herauslesen! Man erschreut hieraus, wie stark sich das Unternehmertum fühlt.

Da die Werksvertreter in einer Sitzung mit dem Reichswirtschaftsministerium am 28. Februar die Beteiligung des Reiches am Bergbau als Aktien- oder Ruzenbesitzer in der künftigen Weise ablehnten, verweigerte das Ministerium die Bewilligung der 18 Mark pro Tonne. Mit Recht. Die Arbeitervertreter stimmten dem Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums zu.

Auch die Arbeiter- und Angestelltenvertreter (bis auf einen) in der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau haben sich in einer Entschliessung (siehe vorige Nummer dieser Zeitung) für die Sozialisierung des Bergbaues erklärt. Die Werksvertreter in einer besonderen Entschliessung (wie wir noch veröffentlichen) dagegen.

Die nunmehrige wüste kapitalistische Sozialisation im Bergbau, die daraus für Gesundheit und Leben der Arbeiter und Angestellten folgenden größeren Gefahren, ferner die Gewißheit, daß unter Bergbau durch gewissenlose Spekulanten mehr und mehr unter die Macht des ausländischen Großkapitals gebracht wird, zwingt uns zu der Forderung an alle wahren Freunde unseres Volkes, die privatkapitalistische Ueberrückführung des Bergbaues mindestens so zu bekämpfen, daß sie dem wichtigsten Teil unseres Volkvermögens nicht mehr gefährlich werden kann.

Aufbau oder Zusammenbruch?

Auf der außerordentlichen Generalversammlung unseres Verbandes in Bochum wurde die Erhöhung der Beiträge abgelehnt bezw. eras die Auswache, daß die Delegierten glaubten, eine Anhörung der Fabrikantenfunktionäre eine Erhöhung der Beiträge nicht befehlen zu können. Es wurden auch deshalb in der letzten Zeit in den verschiedenen Revieren Konferenzen der Vertrauensmänner einberufen, wo Stellung zur Frage der Beitragserhöhung genommen wurde. So im Hüller, Gildesheimer und Nordhäuser bzw. Kesseler Bezirk. In allen diesen Revieren wurde eine Beitragserhöhung beschlossen, und zwar sollen in Zukunft pro Tonne 2 Mark Beitrag erhoben werden. In den Bezirken Gildesheim und Kassel wurde beschlossen, zu den 2 Mark noch zusätzlich 50 Pf. Lokalbeitrag zu erheben. In der Kesseler Konferenz, wo Kamerad Wilhelmann mit anwesend war, wurde der Beschluß der Beitragserhöhung einstimmig gefaßt. Aus diesem Revier schreibt uns ein Kamerad folgendes:

Für uns Funktionäre und Mitarbeiter des Kesseler Bezirkes war es eine Selbstverständlichkeit, daß mit den Beiträgen, die bisher erhoben wurden, in Zukunft nicht mehr auszukommen war und sie deshalb baldigt erhöhen werden müssen. Das für uns Bergarbeiter gilt und in allen Versammlungen ausgeführt wird, daß wegen der steigenden Teuerung mit dem vorher bezogenen Verdienste kein Auskommen mehr sei, muß auch für unsere Organisation Geltung haben. Diese Erhöhung darf auch nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern sie muß schleunigst erfolgen, soll nicht unsere Organisation schwersten Schaden erleiden. Die Tarifverträge, welche für uns Bergarbeiter abgeschlossen werden, sind kaum gültig, so drängen wir schon wieder auf Kündigung, da die rasch steigende Teuerung der Warenpreise das erfordert. Die Löhne, welche wir vor einem halben Jahre bekamen, erscheinen uns heute lächerlich gering gegen die, welche wir heute bekommen und auch brauchen.

Deshalb hätte auch schon längst bei uns eine Beitragserhöhung, prozentual bei jeder Lohnerhöhung steigend, eintreten müssen. So gut wir unter der Teuerung leiden und litten, ist dies auch bei unserer Organisation der Fall. Der Preis für das Material, das der Verband zur Aufrechterhaltung seines Betriebes gebraucht, ist ungeheuer gestiegen, dabei blieb der Beitrag der alte. Früher betrug der Wochenbeitrag 10 Prozent des Tagesarbeitsverdienstes, heute, wo ungeheure Preise für Zeitungspapier und alle anderen Materialien gefordert werden, steht er weit darunter. Als wir noch 2 Mk. und 2,50 Mk. täglichen Verdienst hatten, zahlten wir wöchentlich 10 Pf. Beitrag, heute bei 30 und 32 Mk. Tagesverdienst dagegen nur 1,50 Mk., mande noch weniger. Wie kann unsere Organisation dabei bestehen? Sie muß schwächer statt stärker werden, wenn ihr nicht schleunigst Mittel zu Gebote stehen, die Aufgaben der Zukunft voll und ganz zu lösen.

Nimmer mehr Sitzungen und Konferenzen machen sich nötig, um die Mitglieder, welche dem Vertrauen ihrer Kameraden getragen, Betriebsratsmitglieder uhr. werden, zu bilden und zu führen. Diese Sitzungen kosten mehr wie früher, das Jahrgeld ist verdoppelt, Bildungsmaterial, Brotschüren und Aufklärungsschriften über die soziale Gesetzgebung müssen den Funktionären zur Verfügung stehen. Ungeheure Summen verschlingen diese Schriften, doch wenn der Betriebsrat, wenn der Funktionär zum Besten seiner Kameraden wirken soll, braucht er sie und sie müssen ihm von der Organisation verschafft werden. Dabei verweigert man ihr aber die Mittel, die sie dazu nötig hat, will also Mißbrauch, ohne der Kuh Futter zu verabreichen. Ich habe mich nicht, es offen auszusprechen: Wer in der heutigen Zeit der Organisation die Erhöhung der Beiträge verweigert, der will nicht eine Stärkung derselben, sondern ist schuld an ihrer Schwächung, an ihrem Niedergang.

Wir Kameraden in Mitteldeutschland haben es eingesehen, daß die Beitragserhöhung unbedingt nötig ist, und hören mit Erklärungen, daß es im Ruhrgebiet noch Mitglieder, ja sogar Fabrikantenfunktionäre gibt, die nach Gründen suchen, sie bei den Saaren herbeizuleben, um sich vor höheren Beiträgen zu drücken. Dabei verdienen sie pro Schicht 8 bis 10 Mk. mehr wie wir. Weil der Vorstand dies getan oder jenes unterlassen hat, verweigert man erhöhte Beitragserhöhung. Wer wir doch offen: Druckbergerei heißt man ein solches Verhalten im öffentlichen...

Wüste Spekulation im Bergbau.

Seit einigen Monaten steigen die Preise für Bergwerks-papiere (Ruzen und Aktien) in einer geradezu unheimlichen Weise. Man kann nicht mit Sicherheit feststellen, ob hinter den Preistreibern ausläandische Kapitalisten stehen, die auf Grund des miserabel niedrigen Standes unserer Mark sich verhältnismäßig billig in den Besitz unserer Gruben setzen wollen, oder ob die wüste Spekulation von inländischen Wertscheinstückern ausgeht, denen es lediglich auf das Einstreichen von Kursgewinnen ankommt. Wie dem auch sei, die Preise für Bergwerkspapiere sind derart in die Höhe getrieben, zeitweilig rutschen sie — infolge von irgendwelchen Wertscheinstückermanövern — so stark herab und steigen dann wieder so an, daß man sich leicht vorstellen kann, welche riesigen Spekulationsgewinne da herauskommen. Wir wollen zur Illustration dieser Spekulation nur einige derzeitige Notierungen mit denen vor dem Kriege jeweils Vergleich zusammenstellen. Es galten beispiels-

	1913	1. März 1920
Alte Gasse (Hofste)	1700 Mk.	12800 Mk.
Erwald	49500	188000
Graf Bismard	69500	185000
König Ludwig	31000	155000
Köftringen	33000	162000
Gildauf-Sondershausen (Kass)	15000-20300	73000
Wiesendahl	7000-9000	66500
Wintershall	16500-19000	238000

Diese beispiellose Kursstreberei ist keineswegs eine Anzeichen, die den Bergarbeiter „nichts angeht“. Wir haben es sehr häufig erlebt, daß uns, wenn wir Lohnforderungen stellen und auf die Höhe der Verteilten Ausbeute oder Dividende hinweisen, die Werksvertreter erklärten, die Höhe der Ausbeute dürfe nicht nach dem „Nominalkapital“, sondern müsse nach dem „Reinstand“ beurteilt werden. Das soll heißen: Wenn 20 Proz. Dividende verteilt werden, so ist das, berechnet nach dem ursprünglichen Stand der Aktien, gleich 100. Steht der Börsenkurs aber auf 200, dann macht die 20prozentige Dividende nur 10 Prozent aus; steht der Börsenkurs auf 400, dann sind die...

gestellten Richtlinien, nach denen die Gelder gewährt werden sollen, verhandelt wurde. Ein Resultat wurde nicht erzielt, da die Meinungen sich unüberbrückbar gegenüberstanden.

Am Nachmittag desselben Tages sind dann die Werksbesitzer zum Angriff gegen die Gemeinwirtschaft übergegangen. In einer Sitzung des Reichshofenverbandes, in der die gleichen Fragen wie am Vormittag verhandelt werden sollten, wurde folgende der ausgebildeten Beschäftigten dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt. Sodann wurde die Frage der Erhöhung der Kohlenpreise infolge des hundertprozentigen Lohnzuschlages zu den Fördererleistungen besprochen, die auf Grund der Verabredungen zwischen Reichsregierung, Werksbesitzern und Arbeiterseite im Ruhrgebiet gewährt werden. Es wurde ein Preiszuschlag von 15 Mark pro Tonne verlangt, der sich aus 9 Mark für Lohnzuschlag und 6 Mark Materialpreiserhöhung zusammensetzt. Diese Preiserhöhung wurde bewilligt. Es wurde jedoch erklärt, daß die Erhöhung der Förderung zu einem Verlust führen würde, wenn die Eisenbahn nicht für eine bessere Abfuhr der Kohlen Sorge trägt.

Zu Anschlag hieran sprach Herr Stinnes über die Verteilung der Mehrförderung. Außer den sachlichen Vorschlägen, welche Stellen bei der Verteilung an erster Stelle zu berücksichtigen sind, verlangte er, daß zwei Fünftel der Mehrförderung, d. h. bis zu einer Million Tonnen pro Monat, den Werksbesitzern ohne Preisbindung zur freien Verfügung zu überlassen seien, damit diese durch die Lieferung dieser Mengen jene Werte, die Bergwerksmaterial liefern, beeinflussen könnten.

Gegen diesen Vorschlag muß seitens der auf dem Boden der Gemeinwirtschaft stehenden der allerhöchste Protest erhoben werden, denn eine Erfüllung des Vorschlages müßte unübersehbare Konsequenzen nach sich ziehen. Eine Million Tonnen Kohlen pro Monat im freien Handel würde zu einer derartig wahnwitzigen Preissteigerung der gesamten Produktion führen, daß die Folgen überhaupt nicht abzusehen sind.

Es ist eine Kommission gebildet worden, in der von Arbeitnehmerseite Kamerad Köster sowie Schmidt vom Ruhr-Rundschreiben-Gewerksverein und Steeger vom christlichen Gewerksverein vertreten sind. Diese Kommission soll sich mit den Stinnes'schen Vorschlägen weiter befassen. Zuerst aber soll sie beim Reichsbergbauamt vorstellig werden, um eine bessere Abgrenzung in den Bergbaubereichen zu erreichen.

Steigende Werksüberhänge.

Einem Bericht des Hildau-Überhänge-Steinkohlen-Bauvereins entnehmen wir folgende Hauptzahlen:

Table with 3 columns: Year (1919, 1918), Förderer (802 895, 908 411), and Gewinn (1 254 005, 840 864).

Wir erkennen aus dieser Abrechnung, daß die eingetretene Kohlenpreiserhöhung stärker waren als die Erhöhung der Selbstkosten. Der Steinkohlenbauverein Gottes Segen bei Luga hatte 1919 an Kohlenförderung 421 627 Tonnen, 26 836 weniger wie 1918. Dagegen betragen:

Table with 3 columns: Year (1919, 1918), Gesamtentnahmen (27 496 981, 13 454 356), and Gewinn (2 410 995, 10 544 057).

Was es nötig, die Kohlenpreise derart zu erhöhen, das eine so bedeutende Zunahme des Unternehmergewinnes eintrat? Mit den Lohnforderungen der Bergleute werden die Preissteigerungen begründet und so wird der Bergmann als der Preisstreiber hingestellt.

Die Bitterfelder Lausgrube (Braunkohle) erhöhte ihre Dividende für 1919 um 4 auf 30 Prozent!

Weitere Erhöhung der Braunkohlenpreise.

Auf Grund des Beschlusses des Reichshofenverbandes vom 17. Febr. 1920 werden die Kohlenverkaufspreise je Tonne einschließlich Kohlen- und Umschlagsteuer mit Wirkung ab 1. März 1920 wie folgt erhöht:

- 1. Für den Bezirk des Rheinischen Braunkohlenverbands: a) Niederrheinische Gruppe: Brixels 51,97, Förderer 18,32, Sieb-... b) Frankfurter Gruppe: Brixels 68,79, Förderer 22,91, Sieb-... c) Forster und Görtlicher Gruppe: Brixels 61,83, Förderer 20,62, Sieb-... d) Mitteldeutsche Braunkohlenverbands: Brixels und Kapferröhre 51,97, Förderer 18,32, Sieb-... e) Für die Kohlen des Kaiser Reichs des Mitteldeutschen Braunkohlenverbands erhöhen sich die angegebenen Preiszuschläge um 33 1/2 %.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Streikandrohung der Werksbesitzer.

Als das Betriebsrätegesetz kurz vor seinem Abschluß stand, arrangierten die Industriellen eine „große Protestbewegung“, in der es nicht an einseitigen Drohungen fehlte. Es hieß damals auch, die Werksbesitzer bereiteten einen Streik gegen das Betriebsrätegesetz vor. Das wurde in der Werkpresse bestritten. Nun ist der Kölner sozialistischen „Rheinischen Zeitung“ ein Rundschreiben zugeflossen, in dem die zeitweilige Abkehr der Werksbesitzer, einen politischen Streik zu inszenieren, zweifellos zugegeben wird. Das interessante Rundschreiben lautet wörtlich:

„Verrechnung Kölner Arbeitgeber-Verbände. Köln, den 10. Februar 1920. R. N. 12.20. Domsstraße 33.

Betr. Betriebsrätegesetz. Telephon A 2791.

Die Verrechnung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der Industrie haben auf Grund der Profiteur- und Gewerkschaften vom 11. Dezember 1919 einen Aktionsausschuß eingesetzt, der die Aufgabe hat, die Interessen der Unternehmer bei der Durchführung des Gesetzes mit allen gesetzlichen Mitteln rücksichtslos zu wahren. Diesem Ausschuss gehört für das besetzte Gebiet der Vorstände der Verrechnung Kölner Arbeitgeberverbände, Herr Generaldirektor Dr. Langen, an.

Die erste Sitzung des Ausschusses fand bereits am 2. d. M. statt, in der zwar einstimmig zum Ausdruck gebracht wurde, daß zurzeit (1) von einer Befürwortung der Stilllegung von Betrieben abgesehen werden müsse, weil unter den gegenwärtigen Umständen die Sinderung der Wiedererzeugung und damit die noch größere Lahmlegung der deutschen Wirtschaft das schwerwiegendere Übel sein würde, in der es aber als Aufgabe der zentralen Verbände betrachtet wurde, daß zum Zweck einer einheitlichen Auslegung des Betriebsrätegesetzes eine umfassende Aufklärung über die Grenze seiner Wirksamkeit vorgenommen werde. Nach dieser Richtung müßte es Pflicht der Verbände und Firmen sein, die gemeinsam gefaßten Beschlüsse unbedingt zu befolgen.

Unter keinen Umständen darf nach Aufassung des Ausschusses in Tarifverträgen und sonstigen Vereinbarungen irgendwelches Zugeständnis über die Gesetzesbestimmungen hinaus gemacht werden.

In übrigen betonen wir wiederholt darauf, daß im besetzten Gebiet die Anwendung des Betriebsrätegesetzes infolge überhaupt ausgeschlossen ist, als nicht die Genehmigung der hohen Zentralinstanzen Kommission vorliegt. Gleichzeitig weisen wir auch noch auf die von dem Arbeitgeberausschuß herausgegebenen besonderen Merkblätter zum Betriebsrätegesetz hin, deren Verbreitung und unbedingte Einhaltung sich mit den Wünschen des Aktionsausschusses vom 2. Februar hiernach durchaus deckt. Der Geschäftsführer: gen. Dr. Mayer.

In unsere Mitgliederverbände.

In die Herren Vertreter und Stellvertreter im Arbeitgeberausschuß des besetzten rheinischen Gebietes.

In die Herren Geschäftsführer im Arbeitgeberausschuß des besetzten rheinischen Gebietes.

Zurzeit ist von einer Stilllegung der Betriebe als kapitalistischer Protest gegen das Betriebsrätegesetz „abgesehen“ worden, also hat man doch den politischen Streik zumindest in der Erwägung gezogen. Wie kann man doch so frechlich schmalen, wenn Arbeiter und Angestellte meinen, ihre politische Ansicht jeweils durch Arbeitsniederlegung kund machen zu sollen? Das Rundschreiben der Arbeitgeberverbände erzählt uns ferner, daß die deutsche nationale Werksbesitzer sich auch die Beschlüsse der Entente zunutze machen, um sozialpolitische Fortschritte möglichst zu sabotieren. Das gehört zum Kapitel von der „Wahrung der nationalen Würde“. Über wie die nationale Würde steht apitischen Zeiten der unbeschränkte Preß.

„Her mit dem Zehn- und Zwölftundentag!“

Ein Führer der rheinischen Zentrumspartei, Dr. Leo Schwering, zedelte also am 24. Februar in der Kölner Bürgergesellschaft:

„Der Zehntundentag ist eine Erfindung der Revolutionsromantiker, er ist ein Unfug unter den heutigen Verhältnissen. Der deutsche Mittelstand kennt den Zehntundentag nicht; hätte er ihn gekannt, er wäre niemals so groß geworden, wie er unter dem späteren Deutsches Reich geworden ist (1). Fort mit allen Fäulern, aber vor allem fort mit den sogenannten arbeitlosen Fäulern, den Brädebergern, die sich von der Arbeit anderer und von sozialistischen Theorien mästen. Der Tag, an dem der Zehn- und Zwölftundentag festhalten wie früher wieder allgemein in Deutschland sein wird, wird der Aufbruchstag des neuen Deutschlands sein. Aber wir bezweifeln, daß er in einem Deutschland möglich sein wird, in dessen Verfassung das Wort Gottes nicht vorkommt, dessen Erde ohne die Anrufung des Schöpfers geerntet werden, dessen herrschende Partei: alle stützenden Kräfte jahrzehntelang systematisch erzwangt.“

Wir empfehlen den christlichen Gewerkschaften, die sich zur Zentrumspartei rechnen, die Ausführungen ihres Parteigenossen vor aufmerksamen Beachtung. Die Bergarbeiter fordern den Zehntundentag, die übrigen Arbeiter wollen am Zehntundentag festhalten. Herr Dr. Schwering schreit nach dem Zehn- und Zwölftundentag und versichert, das „neue (kaiserliche) Deutschland“, dessen Verfassung er heiliglich wünsch, werde den Zehn- und Zwölftundentag wieder einführen. Das wird die Bergarbeiter natürlich anspornen, für das „neue (kaiserliche) Deutschland“ einzutreten.

Gewerkschaften und Betriebsräte wählen.

Die Agitationskommission der freien Gewerkschaften hatte für den 27. Februar eine Konferenz der Gewerkschaften von Rheinland-Westfalen nach Essen einberufen, um eine einheitliche Stellungnahme gegenüber den Wahlen zu den Betriebsräten und den damit im Zusammenhang stehenden Fragen der Aktionsausschüsse und deren Zentrale in Form herbeizuführen. Die Konferenz war von 61 Vertretern aus 46 Parteien besucht und neben einer Anzahl Gau- und Bezirksleiter waren auch Vertreter einzelner Gewerkschaften anwesend.

In dem einleitenden Referat wurde auf die Bestimmungen derjenigen hingewiesen, die die örtlichen Aktionsausschüsse mit der Zentrale in Form zu einer besonderen Organisation zusammenschließen wollen, weil die Gewerkschaften nicht den revolutionären Geist besitzen, um das politische Mittel zum Zweck zu bringen. Den Richtlinien dieser Zentrale wurden die Richtlinien des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes für die Wahlen zu den Betriebsräten gegenübergestellt und betont, daß es für die Gewerkschaften nun nichts anderes geben könne, als sich entschließen auf den Boden dieser Richtlinien und damit auch auf den Boden der höchsten gewerkschaftlichen Instanz, des Münchener Gewerkschaftskongresses, zu stellen. Damit sei die Möglichkeit gegeben, die gegenwärtige Zerfahrenheit und Verpöschung innerhalb der Arbeiterchaft auf das niedrigste Maß zurückzuführen. Im Sand von praktischen Beispielen wurde auf die Gefahren für die Einheit der Gewerkschaften durch die neue Organisation hingewiesen. Nach wie vor sei es das Richtige, wenn die Gewerkschaften die wirtschaftlichen Aufgaben lösen, und die Parteipolitik selen dazu da, um politische Ziele zu propagieren. Sonst komme es zu ständigen Reibungen, die von der Gegenwart auch gar nicht bestritten werden, wie durch Artikel aus der linksradikalen Presse nachgewiesen werden konnte.

Die Aussprache ergänzte diese Ausführungen noch durch mehrere traffe Beispiele der letzten Wochen. Aber auch die linksradikalen Vertreter kamen ausführlich zu Wort, ohne allerdings die Befürchtungen einzufächeln zu können. Ein Vertreter dieser Richtung meinte ganz naiv, daß die Gewerkschaften ja dafür da seien, die Mittel aufzubringen, wenn von den Betriebsausschüssen Streiks inszeniert würden. Das wurde natürlich von den Gewerkschaften zurückgewiesen, weil es zu ganz unfaßbaren Zuständen führen müßte. Es konnte auch davon berichtet werden, daß jetzt schon ganz wertvolle Einrichtungen von den Arbeitgebern getroffen seien, um die Betriebsräte zu schulen und sie auf ihre Aufgaben im Produktionsprozeß vorzubereiten, und es wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht durch solche Maßnahmen die, aber praktische Arbeit mehr für den Sozialismus geleistet werde, als durch radikale Propaganda. Mit Genugtuung wurden auch Rednerungen begrüßt, die Hochschulen, Universitäten und dergleichen Einrichtungen in den Dienst der Aufklärung und Schulung der Betriebsräte zu stellen. Ein Vertreter vom Vorstand des Gewerkschaftsbundes (Generalkommission) äußerte sich zu den aufgeworfenen Fragen. Er lehnte jegliche Anerkennung und Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den politischen Aktionsausschüssen ab; Beitragsleistung der Gewerkschaften an diese sei mit den Grundgedanken der Gewerkschaften unvereinbar! Der Bundesvorstand werde in aller nächster Zeit eine Abklärung herausgeben, um auch durch ein Bündnis für die Betriebsräte zu schaffen und darin an Schulung und Aufklärung mitzuwirken. Das Sekretariat des Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf versprach, die vielen wertvollen Anregungen aufmerksam zu verfolgen und denselben nach Möglichkeit zu entsprechen. Das Sekretariat hoffe, daß trotz vorhandener Meinungsverschiedenheiten doch ein erspriechliches Zusammenarbeiten mit allen Gewerkschaften möglich sei. Es wurde angetragt und als Notwendigkeit bezeichnet, das Sekretariat für diese Aufgaben weiter auszubauen. Die folgende Resolution wurde am Schluß der ausgedehnten Aussprache gegen fünf Stimmen angenommen:

Die heutige Konferenz der Gewerkschaften aus Rheinland und Westfalen erkennt die vom allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellten Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten als die für die Gewerkschaften maßgebenden an, beschließt noch einmal die Beschlüsse der Essener Konferenz der Gewerkschaften vom 19. Januar und setzt das Sekretariat des Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf als die Zentrale der Ortsausschüsse für Rheinland und Westfalen ein, verpflichtet, in enger Verbindung mit dem Sekretariat die Vorbereitung für die Wahlen und die Schulung und Vorbereitung der Betriebsräte für ihre Aufgaben mit Nachdruck in die Hand zu nehmen. Die Konferenz hält es für unvereinbar mit den Interessen der Gewerkschaften, daß für wirtschaftliche, sozialpolitische und soziale Aufgaben seitens der Ortsausschüsse oder Gewerkschaftsmitarbeiter Gelder oder Beiträge an gewerkschaftsschädigende oder außerhalb der Gewerkschaften stehende Aktionsausschüsse und deren Zentrale abgeführt werden. Das Sekretariat wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand Verhandlungen mit den Universitäten, Hochschulen und dergleichen aufzunehmen zur Einrichtung von Betriebsrätschulen durch dieselben und mit denselben.

Damit ist auch in Rheinland und Westfalen eine einheitliche Parole für alle Gewerkschaften gegeben.

Internationale Rundschau.

Internationaler Bergarbeiterkongress in Genf.

Wie uns vom Generalsekretär der Bergarbeiterinternationale, dem Kameraden Ashton (Manchester), mitgeteilt wird, hat das in Brüssel (Belgien) versammelte internationale Bergarbeiterkomitee sich geeinigt, den internationalen Bergarbeiterkongress auf den 2. August 1920 nach Genf (Schweiz) einzuberufen. Der deutsche Antrag, den Punkt: Einführung der Sechsstundenfrist auf die Tagesordnung zu setzen, ist angenommen worden.

Bekräftigung der britischen Bergarbeiterorganisation.

Aus dem Sammarth der antiken „Labour Gazette“ (Arbeiter-Zeitung) geht hervor, daß die Mitgliederzahlen der britischen Gewerkschaften im Jahre 1918 wieder eine starke Zunahme erfahren haben. 1220 gewerkschaftliche Vereinigungen hatten Ende 1918 6 621 000 Mitglieder gegen 5 317 000 im Jahre vorher, 1 677 000 im Jahre 1916 und 4 192 000 im Jahre 1913. Über die Trade Unions (Gewerkschaften) im Bergbau wird folgendes berichtet:

Table with 3 columns: Year (1918, 1916, 1917), Zahl der Vereine (30, 31 000, 30 000), Mitglieder (964 000, 917 000, 917 000).

Die Trade Unions im Kohlenbergbau gehören mit unwesentlichen Ausnahmen alle zu dem Gesamtverband der britischen Bergarbeiterorganisationen (Miners Federation of Great Britain), dessen Vorsitzender Kamerad Robert Smillie ist. Insofern sind die britischen Kohlenbergleute alle einheitlich organisiert, ein gewaltiger Vorteil. Ueber die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Trade Unions im Kohlen- und Erzbergbau und in den Steinbrüchen unterrichtet die folgende Tabelle:

Table with 3 columns: Year (1913, 1916, 1917), Mitglieder (916 000, 887 000, 947 000).

Im Jahre 1919 hat die Mitgliederzunahme sicherlich weitere Fortschritte gemacht, so daß die Zahlen schon überschritten wurde. Das Jahr 1919 war das freiestrichste in Großbritannien. Insgesamt wurden 1413 Streiks begonnen mit 2 570 000 Teilnehmern, gegen 1252 Streiks im Vorjahre mit 1 097 000 Teilnehmern. Wohl war 1913 die Streikzahl (1497) noch etwas höher wie 1919, aber 1913 kamen nur 688 000 Streikteilnehmer in Betracht. Im Kohlenbergbau spezies war das Streikbild folgendes:

Table with 4 columns: Year (1919, 1918), Zahl der Streiks (212, 147), Teilnehmer (906 000, 388 000), Streiktage zusammen (7 411 000, 1 165 000).

Die Streikbewegung war also im vergangenen Jahre im britischen Bergbau von gewaltigem Umfang. Der größte Einzelstreik fand statt Juli-August in Yorkshire. Ab 16. Juli wurde die siebenstündige Schicht im Kohlenbergbau eingeführt. Das hat zunächst einen bedeutenden Fortschritt zur Folge. In der letzten Maiwoche wurden 1 912 595 Tonnen gefördert. Dann ging die Förderung im Juli und August, aber auch durch den genannten Streik, stark zurück. Aber sie hob sich wieder und stieg in der dritten Dezemberwoche bis auf 4 910 106 Tonnen. Im Dezember 1919 betrug die britische Kohlenausfuhr (einschl. Stoff und Brüteris) nur 3 309 382 Tonnen, das sind 3 216 925 weniger als im Dezember 1918. Wegen der eigenen Kohlennot hat Großbritannien seine Kohlenausfuhr um die Hälfte einschränken müssen.

Reichskonferenz der Bergarbeiter in Prag.

Am 28. Januar 1920 fand in der böhmischen Hauptstadt Prag die erste Reichskonferenz der Bergarbeiter in der Tschechoslowakei statt. Über die wir schon in Nr. 8 der „Bergarb.-Ztg.“ kurz berichteten. Die Besuche war von 46 Delegierten besucht, welche 144 000 organisierte Bergarbeiter vertraten. Es waren also mehrere und Organisationen vertreten und zwar: Union der Bergarbeiter: 15 Delegierte, 36 000 Mitglieder; „Gesellschaft des“ (Tschechoslowakischer Verband): 16 Delegierte, 75 000 Mitglieder; „Struznice“ (Vereinigte Bergarbeiter): 12 Delegierte, 12 000 Mitglieder; polnischer Bergarbeiterverband: 2 Delegierte, 22 000 Mitglieder.

Es wurde eine Entschleunigung einstimmig angenommen, worin gefordert wird, daß die Erzeugung und Bewirtschaftung der Kohle frei von allen Rücksichten auf kapitalistische Privatinteressen erfolgen soll. Die Sozialisierung könne aber nicht ein Werk des Augenblicks sein, sondern müsse vielmehr planmäßig durch die Demokratisierung der Betriebe vorbereitet werden. Gegen den organisierten Widerstand der Kapitalistenklasse, der sich sowohl in der Regierung wie auch in der Nationalversammlung gegen das von den Organisationsvertretern bearbeitete Verlebens- und Betriebsrätegesetz bemerkbar machte, wurde protestiert und gefordert, daß dasselbe, wie auch das Gesetz über die Teilnahme der Bergarbeiter an der Mitverwaltung der Betriebe und Gesamtbeteiligung, nach dem Vorschlag der Bergarbeiterorganisationen in kürzester Frist angenommen wird.

In einer weiteren, ebenfalls einstimmig angenommenen Entschleunigung wird festgestellt, daß die Leuerung in der tschechoslowakischen Republik weit über das Maß der internationalen Leuerungsverhältnisse hinausgeht, was hauptsächlich seine Ursachen in der sozialen Wirtschaftspolitik dieses Staates habe. Es wird mit aller Entschiedenheit verlangt, daß das steuerliche Existenzminimum von 1500 auf 8000 Kronen erhöht wird und daß vor allem durch eine ausgiebige Vermögensabgabe, die bis 80 Prozent ansteigt, die bestehenden Klassen als Nutznießer der Leuerung zur Verbesserung herangezogen werden. Ferner wird verlangt, daß die seit einem halben Jahre geschaffenen Arbeitsmühsenergebnisse in allen Betrieben unverzüglich in Tätigkeit gesetzt werden. Durch die Erhöhung eines paritätisch zusammengesetzten staatlichen Lohnamtes sollen die Löhne der Bergarbeiter von zwei zu zwei Monaten nach den jeweiligen Preisen der unentbehrlichen Bedarfsartikel in Form einer geleiteten Lohnhilfe festgelegt werden. Die Robellierung des Gesetzes über die achtstündige Schichtzeit unter Zugrundelegung einer achtstündigen Arbeitswoche gemäß der Eingabe der drei Bergarbeiterorganisationen soll so schnell wie möglich erfolgen.

Diese Entschleunigungen sowohl wie die ganzen Verhandlungen beweisen, daß es den Bergarbeitern in der jungen tschechoslowakischen Republik leicht genug ergoht. Die Krone beginnt in Friedenszeit 55 Kr. heute steht der Kronenkurs noch weit ungünstiger wie der Markkurs. Bezüglich des steuerfreien Existenzminimums sind die Bergarbeiter mit hin sehr bescheiden. So steht es auch bezüglich der Schichtzeit. Bei uns ist längst die 7- und 7 1/2stündige Schichtzeit durchgeführt. In der Tschechoslowakei fordern die Bergarbeiter noch immer vergeblich die achtstündige Schichtzeit. Damit allerdings nicht gesagt sein soll, daß auch bei uns noch viel zu wünschen übrig bleibt.

Knappschaffendes Körperliche Verlebung der Bergleute.

Die schwerreichen Bergarbeiterbestimmter, die in hochbezahlten Zeitungsanzeigen und greifbaren Plakaten die Bergleute als gefühllose Feinde verkünden, mögen sich einmal folgende Verlebensstatistik des Allgemeinen Knappschaffensvereins zum Ansehen und sich dann ihres Treibens schämen, wenn sie noch Schamgefühl besitzen:

Table with 5 columns: Mitgliederzahl (286 671, 307 508, 517 162, 965 300), Krankheitsfälle (165 705, 183 260, 245 036, 391 632), Todesfälle (2250, 2867, 1907, 5127), Tuberkulose (273, 352, 688, 792).

Ist es angeht solcher Verlebung auch nur im geringsten gerechtfertigt, den ausgegrenzten Arbeitern auch noch vorzuwerfen, sie „wollten nicht arbeiten“, sie hätten „kein Solidaritätsgefühl“, wie das in den niederträchtigen Zeitungsanzeigen und Plakaten geschieht? Jeder muß begreifen, daß eine so hart mitgenommene Arbeiterchaft auch viel leichter als die ungleich besser durch den Krieg gekommenen Volksteile auf die Leiden der politischen Arbeiter hören. Zumal ja von der früheren Regierung nichts getan worden ist für die Hebung des sozialbürgerlichen Bewußtseins dieser Massen durch rücksichtslose Anerkennung ihrer Gleichberechtigung neben dem Unternehmertum.

Aus dem Streife der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Maulwürfe sind am Wühlen!

Vor der Öffentlichkeit spielen sie sich als die allen christlichen Seebären auf, denen die „Einigkeit des Verbandes“ am Herzen liegt. Gemeinlich mühen sie an den Grundfesten des alten Verbandes und dröhen durch Sturm und Drang zur Erde geschrittene Organisation zu erschaffen. Wir kennen die heimlich ausgeheckten Pläne zur Zerreißung des alten Verbandes! Wir kennen auch die Namen der frivolen Pläne schmieder und ihre parteipolitischen Helfer! Es ist nichts so leicht gewonnen...! Wenn sie nach einem Funken von proletarischem Willigkeitsgefühl haben, dann beherzigen sie, was wir Ihnen sagen: Wer den alten Verband zerreißt, will die Bergleute zersplittern den Bergwerkskapitalisten überliefern! Ob man so viel Verstand hat, das zu begreifen, darauf kommt es nicht an, der Effekt des Zersplitterungstreibens ist entscheidend. Und der Effekt ist die Ohnmacht der Bergleute. Es wird befohlen, auf die „revolutionäre“ Umwandlung im Metallarbeiterverband hinzuweisen und sie als „fortschrittlich“ zu bezeichnen. Nun wohl, im Metallarbeiterverband hat heute der neue Vorstand alle Hände voll zu tun, um die durch ihn gerufenen Geister zurückzubringen. Gestreift wird ohne jede Befragung des Verbandsvorstandes, eine zerrüttende Disziplinlosigkeit, eine innere Zermürbung des Metallarbeiterverbandes ist die Folge. Berlin und Solingen! Wen frage die unabhängigen Leiter des Metallarbeiterverbandes, welche Folgen die Zustände in Berlin und Solingen für die Verbandsstellung gehabt haben! Die nur aus U. S. V. zusammengesetzte Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf beklagt sich nun in ihrem Verwaltungsbericht über die „ungeheuren Zersplitterungsverfuch“ (11) des „Allgemeinen Arbeiterverbandes“, der „Arbeiterunion“, der „Freien Vereinigung“ (Schindlaktisten) und zuletzt der aus allen diesen Organisationen im Monat September hervorgegangenen „Freien Arbeiterunion“! Da haben wir 4 (vier!) revolutionär-kommunistisch-fundamentalistische Gegenorganisationen zur Bekämpfung des Metallarbeiterverbandes. Seine neuen Leiter haben

berührt, wenn die „alten Führer“ befeitigt wären, würde sich das Metallarbeiter-Verbandes vollständig einig im Metallarbeiterverband zusammenfinden. Das Gegenteil ist geschehen! Neue „revolutionäre“ Anführer sind entstanden und bekämpfen mit Rücksichtslosigkeit den Metallarbeiterverband. Wenn unsere Maulwürfe glauben, länger ihnen widerstehen zu können, so sind sie schwer auf dem Holzweg. Wenn unsere Maulwürfe ihre Verspottungsabläufe durchführen, nun, dann gebe es neben dem fast halben Dutzend „revolutionärer“ Organisationsformen einen weiteren Stell im Leben der Bergarbeiter. Dem Unternehmer könnte natürlich nichts lieber sein! Sehen die Planschmieder nicht ein, daß der Bergmann um so ohnmächtiger ist, je mehr Verspottungsvereine vorhanden sind? Wollen sie das? Kameraden, nehmt euch in Acht vor den alten christlichen Teufeln, die in Wirklichkeit hinterlistige Verbändeerspaltung beabsichtigen. Schützt den alten Verband vor allen Widersachern.

Einklegung von zwei Fördererichten.

Am das Reichswirtschaftsministerium, das preussische Handelsministerium und das Oberbergamt Dortmund hat unter Verband am 16. Febr. folgendes Schreiben gerichtet, worin die Einklegung von zwei Fördererichten gefordert wird:

„Die vom 21. bis 26. Januar d. J. hier in Bochum stattgefundene außerordentliche Generalversammlung unseres Verbandes hat einen Antrag der Delegierten Knepper und Genossen folgenden Inhalts einstimmig angenommen:

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands fordert die Bergbehörde auf, unversätzlich die Einklegung von zwei Fördererichten für alle Reviere und Schachtanlagen anzuordnen. Da der Mehrzahl der Schächte die Einklegung der zweiten Förderericht möglich ist, so kann durch sie die jetzige Förderung erheblich erhöht werden.

Für den Fall, daß die Bergbehörde vorstehende Forderung wegen Widerstandes der Unternehmer einigermaßen allgemein nicht durchzuführen kann, wird das Reichswirtschaftsministerium ersucht, anzuordnen, daß eine Kommission zu gleichen Teilen von den Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber gewählt wird, die die Gründe dieser Forderung für die Einklegung unter Teilnahme eines Regierungsvertreters untersucht.

Indem wir uns des uns gebührenden Auftrages, Ihnen diesen Antrag zu unterbreiten, hiermit entschließen, bemerken wir, daß wir nur dann bei den Bergleuten in unserem Verstande, eine weitere Steigerung der Kohlenförderung zu erzielen, Erfolg haben werden, wenn auch von den maßgebenden Stellen dahin gewirkt wird, daß überall in zwei Fördererichten Kohlen gefördert werden. Nach uns gebührenden Mitteilungen sollen im Ruhrgebiet noch ungefähr 10 bis 15 Prozent der Schächte nur in einem Einzel Schacht fördern. Wir sind der Meinung, daß es jetzt an der Zeit ist, hier einzugreifen und die Beschäftigten zu veranlassen, auch auf diesen Schächten möglichst schnell die Zweifördererichtung einzulegen. Es könnte dadurch auf diesen Schächten eine wesentliche Steigerung der Kohlenförderung eintreten und dann würde auch zweifellos die Möglichkeit bestehen, auf diesen Schächten eine größere Arbeiterzahl anzulegen. Derselbe wird ja in der Wohnungsfrage seine Schranken haben, aber es sind uns bis jetzt auch schon genug Fälle bekannt geworden, daß Arbeiter, die hier im Ruhrgebiet wohnen, nicht mehr eingestellt wurden, so daß wohl durch die Einklegung von zwei Fördererichten auf den in Frage kommenden Schächten Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Auf dieses Schreiben hat das Oberbergamt in Dortmund wie folgt geantwortet:

Dortmund, den 25. Februar 1920.

Bereits seit mehreren Wochen werden von uns Erhebungen darüber angestellt, auf welchen Gruben die zweite Förderericht eingelegt werden kann. Da, wo diese Möglichkeit jetzt oder noch in absehbarer Zeit vorliegt oder wo durch die Einklegung der zweiten Schicht die Förderung erhöht werden kann, bitten wir im Sinne des in der Generalversammlung des alten Verbandes angenommenen diesbezüglichen Antrages auf die Bergverwaltungen ein.

Das Oberbergamt weist danach im Sinne des Antrages unserer Generalversammlung auf die in Betracht kommenden Gruben ein. In diesem Sinne müssen auch die Betriebsräte wirken, dann wird bald überall die zweite Förderericht eingelegt sein. Sicherlich wird dadurch die Förderung beträchtlich steigen.

Vom Minister für Handel und Gewerbe ging folgende Antwort ein:

Berlin, den 21. Februar 1920.

Die in der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes gefasste Resolution hat dem Oberbergamt zu Dortmund bereits unmittelbare Veranlassung gegeben, nähere Erhebungen über die Möglichkeit der Einklegung einer zweiten Förderericht auch auf denjenigen Gruben des Ruhrgebietes, wo sie bisher noch nicht bestanden, anzustellen. Über das Ergebnis seiner Erhebungen nach deren Abschluß wird das Oberbergamt dem Verband unterrichten. (Unterschrift unleserlich.)

Zur Beitragserhöhung.

Aus Mail wird uns von einem Kameraden geschrieben:

Gegenwärtig gehen die gewerkschaftlichen Wogen wieder höher als in der verflissenen Zeit. Verlässliche Elemente glauben, in der Beitragserhöhung den Grund gefunden zu haben, um gegen den alten Verband das Schwert zu ziehen. Mit Präferenzberechnung suchen gewisse Leute die Mitglieder der alten Organisation mangelnd zu machen. Die Rechenarten müssen herhalten, um das Unannehme der Erhöhung zu beweisen. Wir brauchen jetzt überhaupt keine Organisation mehr! Das ist das Heldengedicht dieser Leute.

Wir glauben ihnen gern, daß ihnen der Verband ein Dorn im Auge ist. Sind es doch meistens Leute, die in früheren Zeiten für die Organisation überhaupt nicht zu haben waren. Im Gegenteil! Selbst im Jahre 1917 der Reaktion gegenüber, den Arbeitern bei einer notwendigen Lohnbewegung die Knüttel zwischen die Beine gemorsten und den Streikbrecher abgedrückt, fühlen sie sich veranlaßt, den Arbeitern die Augen zu öffnen über die noch ihrer Ansicht zu Unrecht beschlossene Beitragserhöhung. Nach ihrem kennntnisreichen Ermessen ist es ein Verbrechen, den Arbeitern höhere Beiträge abzuverlangen.

Dabei bedenken diese Kumpels nicht, daß in der heutigen Zeit die Organisation noch eine zwingende Notwendigkeit ist. Die Zeit ist noch nicht vorüber, wo der Kampf der Organisation überlebenswichtig ist. Das Gegenteil wird man hier behaupten können. Freier als in früheren Zeiten erhebt die Reaktion ihre Redensarten. Mit aller Macht, mit allen Mitteln geht sie dazu über, die gelben Verbände wieder auf die Höhe zu bringen, den der sie im November 1918 heruntergerissen wurden. Wer die Augen offen hält, kann das Geschehen dieser Schändlinge sehen. Wehe den Arbeitern, wenn die Summenschlange wieder aus der Pfanne aufsteigt. Zahllose Arbeiter sind von diesen Schmarozkern um Arbeit und Brot gebracht worden, wenn sie offen und ehrlich für ihre Interessen eintreten.

Und Bedauerlicherweise befinden sie in den Reihen der Totengräber auch solche Leute, die selbst am eigenen Leibe erfahren mußten,

was Demagogik herzuwacht. Ohne Arbeit, ohne Brot mußten sie der Gelmat den Rücken kehren und auswandern. Die Reaktion neigt ihren Fesseln zu machen sich kein Gewissen daraus, wenn die unschuldigen Familienangehörigen nichts zu befehen hatten und am Hungertode nagen mußten. Nur durch den Sperrstern der Kameraden konnte dieser Not etwas abgeholfen werden. Die Ueberzeugung für die heutige Sache der Arbeiterklasse half auch diesen Ausgewanderten darüber hinweg, sich auch diese Gewaltmaßregel des Kapitals dem Kleinstmüt nicht die Oberhand gewinnen. Wieder die größten Drangsale erleben, als die Zugehörigkeit zur Organisation rauben lassen. Das war die Zeit, die man nicht vergessen darf. Die Organisation war ihnen das Heiligste, daran durfte nicht gerüttelt werden. Die Organisation war eben dasjenige, was ein richtig denkender Arbeiter für das Notwendigste hielt. Tausend konnte ihn auch keine Kapitalistenfaust abschneiden.

Wie steht es heute aus? Vergessen ist alles von demal, vergessen von denjenigen, für die die Arbeiter noch ein Ehrenwort übrig hatten. Im Lager von denjenigen kann man sie heute finden, die früher die Totengräber der Organisation waren. Fürwahr, ein trauriges Zeichen der Zeit! Durch ihre Kampfesweise, die gegen die altbewährte Organisation, den alten Verband, gerichtet ist, machen sich diese Kumpels von demal zu Wandlangern des Kapitals. Der Lohn wird auch nicht ansteigen. Aber nicht in dem Maße, wie sich diese Arbeiter denken können. Den Himmel wollen sie flürmen, bedenken nicht, daß ein Erfolg den andern zeitigt.

Wehe den Arbeitern, wenn sie die Macht ergreifen, ohne sie behalten zu können! So jählich selbst die unabhängige „Freiheit“ und feider hat sie darin recht. Manches geht es viel zu langsam. Alles auf einmal soll gemacht werden. Dabei bedenken diese Menschen nicht, daß ein Haus nur entsteht, wenn Stein auf Stein gesetzt wird. Der Tarifvertrag, das Betriebsratsgesetz, alles sind nach Ansicht dieser Streikere keine Erfolge. Und doch haben unabhängige Betriebsratsmitglieder erklärt:

„Kollagen! Wir müssen eingestehen, daß wir die alten Gewerkschaftsführer mit Unrecht beklammert haben. Wir müssen zugeben, daß wir Reulage sind. Die Taktik der alten Gewerkschaftsführer hat sich besser bewährt, wie die unfreie. Wir müssen noch viel lernen, wenn wir dieselben Erfolge erzielen wollen wie die alten Gewerkschaftsführer.“

Dieses ist ein Zugeständnis für unsere Führer, das bis heute noch zu suchen ist in den Annalen der Geschichte. Daraus ist zu ersehen, daß unsere Führer vernünftig sind, für die Gewerkschaften zu hofen, was zu hofen ist. Darüber sollten diejenigen einmal nachdenken, die den Mund nicht voll genug nehmen können, wenn es gilt, gegen die Verbandsführer Sturm zu laufen. Wären ihnen die Worte ihrer eigenen Genossen sagen, daß sie nicht in der Lage sind, Erfolge zu zeitigen, die nur annähernd an die unserer Führer heranreichen.

Aber zu dieser Einsicht gehört ein großes Maß von Reueempfinden. Und das vermischen wir bei so manchem dieser Herren. Sie erblicken in der Beitragserhöhung das Mittel, gegen den Verband Sturm zu laufen. Seien wir ehrlich! Durch die Zerlegung im Lande sind auch die gewerkschaftlichen Einrichtungen mitgetroffen worden. Alles ist zerfallen geworden. Das heißt da letzten Endes noch übrig, um die Organisation lebensfähig und kampfbereit zu erhalten? Wir Bergarbeiter hätten schon viel eher die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung erkennen müssen.

Wer hat wohl am meisten unter der Kapitalistenfaust zu leiden? Die Antwort ist doch wahrlich nicht schwer. Über die Kleinmütigkeit der Bergarbeiter liest uns noch immer an 20. Stelle markieren, wiewohl die an erster Stelle mit stehen sollten. Um so unbegreiflicher erscheint es uns, wenn jetzt immer noch eine Anzahl Bergarbeiter die Beitragserhöhung als nicht rechtmäßig anerkennen.

Schwere Zeiten werden über uns hereinbrechen, dann den Zerfallungsverdächtige innerhalb der Bergarbeiterfaust. Kampf, heißer Kampf wird entbrennen. Geld hat bei diesen Anlässen beim Kapitalismus noch keine Rolle gespielt. Die um ihre Erträge ringende Bergarbeiterfaust forderte eine keine Aufbesserung. Nichts gab es. Das müssen sich auch diejenigen sagen, die heute dem Kapitalismus von hintenrum die Hand reichen. Auch die können diese Leckereien nicht abgucken. Der Kumpel konnte weiter hungern. Dafür wurde den Selbstherrschern, den Streikbrechern, das doppelte der von den Bergleuten geforderten Aufbesserung gezahlt.

Und von diesen erbärmlichen Leuten kommen jetzt einige her und wollen für die Arbeiterfaust, die sie früher ein Judaslamm verraten haben, den Schuldbruder mimen? In ihrer Fribolität haben sie die Bergleute mit den erkrankten Judasgriechen überreich noch verhöhnt. Das sollte jedem zu denken geben. Und weil erste Zeiten für die Bergarbeiter im Anzuge sind, gilt es, Vorsorge zu treffen, um gegebenenfalls gehobener zu sein gegen Ueberfälle der Reaktion und ihrer Hinterräuber. Diese Vorsorge können wir nur durch Geld und wieder Geld treffen. Haben wir einen starken Kampfstoff, dann mögen sich die Herrschaften an dem von uns geschaffenen Volkswert die Köpfe einzrennen.

Darum, Kameraden, Hand aufs Herz, urteilt mit Verstand über die für euch eigene Sache. Schweres liegt für euch im Spiel. Ihr könnt helfen, dieses zu euren Gunsten zu bringen, indem ihr die erhöhten Beiträge pünktlich entrichtet. Denn zum Kriegsführen gehört Geld. Es ist nur zu eurem Nutzen. Zeigt den die Tür, die auch im Interesse des Gelds eurer Organisation entbrennen wollen. Die haben 1919 den Judaslamm in die Tasche gesteckt, sie werden es auch in Zukunft tun. Darum, Brüder! An den Händen erkennt man den Vogel und die Taube löst das Raufen nicht.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Tarifabschluss im Braunkohlenbergbau.

Die Verhandlungen der Angestellten mit den Unternehmern der Braunkohlenreviere Halle, Magdeburg, Bitterfeld und Anhalt sind durch einen Schiedsspruch, dem sich alle Beteiligten einig nach der Angestellten Seite werden, beendet worden. Der Schiedsspruch berücksichtigt in viel härterem Maße, als das bisher der Fall gewesen ist, soziale Momente. So sind die Gehälter der Verheirateten durchschnittlich um 10 Prozent höher als die der ledigen. Ferner wird ein Kindergeld in Höhe von 30 Mk. pro Kind bis zum Alter von 15 Jahren gezahlt. Die Gehälter richten sich außerdem nach der Größe der Werke und werden von den Angestelltenausschüssen nach bestimmten Richtlinien festgelegt. Man hat die gesamte Angestelltenfaust in vier Klassen eingeteilt, von denen bei den technischen Angestellten die Betriebsführer die bestbezahlteste, die Aufseher die niedrigste bezahlte Klasse sind. Bei den kaufmännischen Angestellten unterteilt man Angestellte in leitenden Stellungen, selbständig arbeitende, qualifizierte und nachgeordnete Angestellte. Außer freier Wohnung und Feuerung sind für ledige Betriebsführer Anlagengebälter von 825 bis 950 Mk., für verheiratete 925 bis 1050 Mk. festgelegt, für ledige Aufseher 675, für verheiratete 750 Mk. Bei den kaufmännischen Angestellten betragen die Gehälter der ersten Klasse für ledige 750 bis 950 Mk., für verheiratete 833 bis 1050 Mk., in der untersten Klasse für ledige 525 bis 575 Mk., für verheiratete 575 bis 625 Mk. Hierzu kommen Steigerungssätze von 10 mal 10 Mark pro Dienstjahr und Monat, ferner wird den Betriebsbeamten eine Fortbildungsbefähigung für jene Ueberarbeit gewährt, die im laufenden Betrieb geleistet werden muß. Diese beträgt für Betriebsführer 100 Mk. und fünf für jene Angestellte, die wenig Ueberarbeit leisten; auf 50 Mk. pro Monat. Die Festsetzung erfolgt durch den Angestelltenausschuss. Ueberstunden werden mit einem Zweihundertstel des Monatsgehalts bis 25 Prozent, Sonntagsarbeit mit einem Zweihundertstel plus 50 Prozent Aufschlag bezahlt.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Tarifbindung in der ober-schlesischen Großindustrie.

Der Tarifvertrag in der ober-schlesischen Großindustrie ist von der befeiligten Organisation gekündigt worden. Die Kündigung ist erfolgt, weil verschiedene Bestimmungen des Tarifvertrages von den Grubenverwaltungen in Ulohaler Weise ausgelegt werden und deshalb unter der Bergarbeiterfaust eine große Mißstimmung entstanden ist. Die Organisationsvertreter werden alles daran setzen, um bei den neuen Verhandlungen die zu Beschwerden Anlaß gebenden Bestimmungen des Tarifvertrages zu befeitigen.

Opferbereitschaft der Bergarbeiter.

Die Bergarbeiter der staatlichen Gruben Nord- und Ostfeld der Königsgrube haben sich bereit erklärt, zugunsten der Arbeiter kommischer Papierfabriken, denen aus Mangel an Kohle die Schließung droht, vollständig eine Uebererschicht zu verfahren. Für jede verfahrene Uebererschicht werden 25 Prozent Lohnzulagung gezahlt; außerdem sind den Bergarbeitern 3 Pfund Bohlen zum Preise von 1,50 Mk., 1/2 Pfund Speck zum Preise von 3,75 Mk. und 1/4 Pfund Prehtabak zum Preis von 8 Mk. zugestanden worden. Durch dieses Entgegenkommen der Bergarbeiter ist es möglich geworden, daß 1400 Arbeiter, denen bereits gekündigt worden war, wieder Arbeit erhalten. Dieses Verhalten der Bergarbeiter wird bei jedem Volksfreund höchste Anerkennung finden.

Herr Abamel droht mit dem Streik.

Unter den Bergarbeitern in Oberschlesien ist infolge der Auslegung verschiedener Bestimmungen des Tarifvertrages durch die einzelnen Grubenverwaltungen eine gewisse Mißstimmung entstanden. Diese Mißstimmung der Bergarbeiter glaubt Herr Abamel mit seiner Freundschaft, für seine Zwecke auszunutzen zu können. Seine Methode besteht darin, daß er die Vertrauensmänner unseres Verbandes aussucht und ihnen erzählt, daß die Vertreter unseres Verbandes Verräter sind. Dabei spielt er sich natürlich als echter Arbeitervertreter auf, indem er damit prahlt, daß der Tarifvertrag ganz anders ausgefallen wäre, wenn er an den Verhandlungen teilgenommen hätte. Diese Ueberzeugungen sind an und für sich nicht irreführend zu nehmen, denn die Praktiken des Herrn Abamel sind allgemein bekannt und sie werden nur von wenigen Bergleuten noch ernst genommen. Wogegen man sich aber wehren muß, das ist die drohende und an Gewalttätigkeit grenzende Art, mit der er auftritt, wenn er seinen Zweck, den Vertrauensmann zum Verräter an seiner Organisation zu bewegen, nicht erreicht. So erklärte er einem Vertrauensmann unseres Verbandes, wenn er nicht zu seiner Organisation überträte, er der erste sei, der gekündigt werde, wenn Ober-schlesien zu Vollen käme. Herr Abamel scheint sich also sehr gut zu entwickeln. Vor Jahresfrist wollte er nur, wie er öffentlich in der Versammlung in der „Reichshalle“ in Katowitz erklärte, alle Deutschen mit Anspucken aus Oberschlesien herauszuwerfen, wenn Oberschlesien zu Vollen kommt. Jetzt will er schon die eingeborenen Oberschlesier hängen lassen, nur weil sie nicht zu seinem Verbande übertraten wollen. Und dieser Mann nennt sich Sozialist und entwirft sich in pharisäischer Weise über Privatäußerungen der Angestellten unseres Verbandes.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 11. Woche (vom 7. bis 13. März 1920) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge. Jedes Mitglied ist auch verpflichtet, die Mitgliedsversammlungen regelmäßig zu besuchen.

Bücherrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisoren die Arbeit zu erleichtern. Costrop III. Vom 15. bis 31. März.

Krankentüchtigkeits-Auszahlung.

Die Auszahlung der Krankentüchtigkeits-Auszahlung erfolgt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines. Zahlungen I. Jeden letzten Sonntag im Monat, mittags von 11 bis 1 Uhr, beim Kassierer Job. Chur, Bezirk 5 Nr. 8. Breslau. Beim Kassierer Albin Wädcl, Bezirk Nr. 31. Waldenburg. Jeden Monat vom 20. bis 27. beim Kassierer August Reich, Friedländerstr. 21. Bezirk. Jeden letzten Sonntag im Monat, vorm. von 10 bis 12 Uhr, beim Kassierer Hugo Bedmann, Untere Dorfstraße 10.

Abreisveränderungen.

Sophienau. Vertrauensmann: Friedr. Müller, Tannhäuser 7. Bezirk. Kassierer: Albin Wädcl, Bezirk Nr. 31.

Für den Bezirk Waldenburg (Schl.) wird ein Stillsbeamter für das Bezirksbureau gesucht, der besonders den Bildungsfragen und der Jugendbewegung vorstehen soll. Bewerber, die fünf Jahre organisiert sein müssen und sich für die Stelle befähigt halten, wollen ihr Bewerbungsschreiben mit kurzem Lebenslauf bis zum 25. März 1920 an die Bezirksleitung in Waldenburg (Schl.), Sandstr. 1, richten.

Für die Zehlfellen Bodmitz, Zichornogosba und Plessa wird für sofort ein tüchtiger Lokalbeamter gesucht. Bewerber muß fünf Jahre organisiertes Mitglied sein, rühmliche Fähigkeiten besitzen und mit familiären Arbeiten des Verbandes vertraut sein. Bewerbungen sind unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Aufsatzes über Aufgaben und Tätigkeit eines Lokalbeamten bis zum 25. März 1920 einzureichen an Josef Briedwig, Thamm-Senftenberg (L.), Eisenbahnstr. 11.

Für den Bezirk Zugau ist zum 1. April 1920 die Stelle eines Bezirksleiters und Stillsbeamten zu besetzen. Der Bezirksleiter muß befähigt sein, die Interessen des Verbandes in Wort und Schrift wirksam zu vertreten und die Verhandlungen mit den Unternehmern und Behörden zu führen. Der Stillsbeamte muß mit den Verwaltungsarbeiten unseres Verbandes vertraut sein. Nebenrühmliche Befähigung ist auch erwünscht. Verlangt wird nach den Beschläffen der Generalversammlung fünfjährige gewerkschaftliche Mitgliedschaft. — Schriftliche Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf und einem Aufsatze über die Aufgaben eines Verbandsangestellten sind bis zum 18. März 1920 an die Bezirksleitung in Zugau (Sachsen), Stollberger Straße 46, zu richten.

Knappschaftsälteste des Kommissionsbezirks Gelsenkirchen

Sonntag, den 14. März 1920, vorm. 9 Uhr, im Lokal Edermann in Gelsenkirchen, Ostfildenstr. 15: Quartals-Versammlung

Der mit seit 3. 10. 18 bei Bremer's Grand wird der veruntreut. Gestalt Friedrich Baute, Inf.-Reg. 67, 1. Bat. Angaben er bittet Frau Witwe Friedrich Baute, Essen-Dorbeck, Mittelftr. 5.

Kameraden!

Bereitet überall unverzüglich die Betriebsratswahlen vor. Es bleibi nur noch kurze Zeit für die Agitation. Von dem Ausfall hängt viel ab. Stellt darum nur freigewerkschaftlich organisierte Kandidaten auf, die sich in jeder Beziehung bewährt haben und entsprechend befähigt sind. Der politische Parteistandpunkt darf dabei keine Rolle spielen, sondern nur die praktische Befähigung und Tüchtigkeit. Allgemein ist die Erfahrung gemacht worden, daß radikales Maulheldentum zum praktischen Arbeiten nicht befähigt ist. Darum Vorsicht! Ni auf das Maul kommt es an, sondern auf den Mann! Unter dem Deckmantel des Radikalismus dürfen keine gelben Kandidaten durchgeschmuggelt werden. Prüft jeden Kandidaten auf Herz und Nieren. Wählt nur die Beste der freien Gewerkschaften!